

Zum Genfer Gipfel

Erhard Crome

Das Gipfeltreffen zwischen Russlands Präsident Wladimir Putin und US-Präsident Joseph Biden am 16. Juni 2021 in Genf war das wichtigste Resultat von Bidens einwöchiger Europareise. Die neutrale Schweiz war wieder ein guter Ort für Gespräche in Spannungszeiten. Aus Moskau hieß es, man habe nicht viel erwartet und deshalb viel erreicht. In den Hauptstädten der EU und der NATO interpretierte man das anders. Der Termin in Genf sei nur Wurmfortsatz der neuen US-Außenpolitik gewesen, dagegen das Neubeschwören „des Westens“ zentral. Biden absolvierte ein dichtes Programm: „G7“ in Großbritannien, NATO-Gipfel in Brüssel sowie Treffen mit der EU-Spitze, anschließend Gipfeltreffen mit Putin. Westliche Beobachter meinten, mit Biden herrsche nach den Trump-Jahren wieder globalpolitischer Sachverstand in Washington. Es blieb jedoch viel Trump. Im NATO-Papier wurden die unbewiesenen Behauptungen wiederholt, Russland habe gegen den Vertrag zum Verbot der Mittelstreckenraketen und gegen den Open-Skies-Vertrag verstoßen, deshalb hätten die USA diese Verträge aufkündigen müssen. Ebenso die bekannten Unterstellungen, Russland habe sich in Wahlen in den USA und überhaupt im Westen eingemischt und sei für Cyberangriffe verantwortlich. Bekräftigt wurden das Zwei-Prozent-Ziel zur Steigerung der Rüstungsausgaben, das Festhalten an Atomwaffen und die Ablehnung der UNO-Konvention zum Verbot der Atomwaffen. Zu China hieß es, der Aufstieg der Volksrepublik sei an sich eine „systemische Herausforderung“ für den Westen und dessen „regelbasierte internationale Ordnung“.

Der Genfer Gipfel kann geeignet sein, die während der vergangenen Monate angestauten Spannungen abzumildern. Zunächst spricht man wieder miteinander, die Botschafter kehren an ihren Arbeitsplatz im Akkreditierungsstaat zurück. Zwischen den beiden größten Atommächten soll wieder über Abrüstung und Kontrolle der Rüstungen gesprochen werden, nicht nur über die bisherigen strategischen und Mittelstreckensysteme, sondern auch über einen Mechanismus zur Begrenzung „neuer und gefährlicher Waffen“, die das Risiko eines Krieges erhöhen würden, darunter neuartige Waffensysteme unter Nutzung künstlicher Intelligenz. Auch über Cybersicherheit und Vertrauensbildung in diesem Bereich soll verhandelt werden.

Bemerkenswert ist ein historischer Bezug. Biden und Putin veröffentlichten eine Gemeinsame Erklärung, in der es hieß, „ein Atomkrieg kann nicht gewonnen werden und darf deshalb niemals geführt werden“. Das war eine wesentliche Erkenntnis im Kalten Krieg. Wenn man bedenkt, dass in den USA wieder einmal eine jüngere, nachgewachsene Generation – seit den 1940er Jahren die vierte – diskutiert hat, welche Waffensysteme und welche Strategie und Taktik man brauche, um doch einen Atomkrieg führen und gewinnen zu können, hat der alte Biden dem zumindest deklaratorisch etwas entgegengesetzt. Die Formel ist Genfer *Genius loci*, sie stammt aus der Erklärung über das erste Treffen zwischen US-Präsident Ronald Reagan und Michail Gorbatschow am 19./20. November 1985, ebenfalls in Genf. Vorangegangen war seit Ende der 1970er Jahre eine Phase erhöhter Spannungen angesichts der Stationierung neuer US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa (und sowjetischer Gegenmaßnahmen), des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan und der Pläne der USA, weltraumgestützte Waffensysteme zu entwickeln. Konstantin Kossatschow, Vizevorsitzender des Russischen Föderationsrates, betonte dieser Tage die historische Chance, dass weiter über New START, die strategischen Waffensysteme, verhandelt werde. Zugleich merkte er an, damals habe die sowjetische Führung unter der Voraussetzung ideologischer Aufladung agiert, während die USA pragmatisch verhandelt hätten; heute sei es umgekehrt.

Ganz in diesem Sinne haben die USA erneut den „Fall Nawalny“ in den Vordergrund geschoben und die Menschenrechtsfahne geschwenkt. Bidens „Sicherheitsberater“ Jake Sullivan hatte bereits nach dem Genfer Gipfel angekündigt, die USA hätten weitere „Sanktionen“ in petto. Im Schwarzen Meer veranstalten die USA und die NATO zusammen mit der Ukraine und insgesamt 32 Staaten Ende Juni das Flottenmanöver *Sea Breeze*. Wäre es den USA mit dem Genfer Gipfel darum gegangen, Russland gegen China auf die eigene Seite zu ziehen, wie manche Beobachter meinten, so steht dem dies entgegen. Es ist Schizophrenie als Außenpolitik. 🌐

Dr. habil. Erhard Crome

geb. 1951, Politikwissenschaftler und Publizist, geschäftsf. Direktor des WeltTrends-Instituts für Internationale Politik

crome.institut@welttrends.de

